



Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen und –initiativen

NEU: Waltherstr. 16a

80337 München

mail@bagp.de

Tel. 089-76755131, Fax 089-72504574

München, den 03.11.2006

Stellungnahme der BAGP zum GKV-WSG
zur Anhörung des Ausschusses für Gesundheit

Der Kabinettsentwurf des GKV-WSG wird von der BAGP insgesamt als nicht tragbar angesehen.

Der Entwurf enthält keine grundsätzlichen strukturellen Reformen zur nachhaltigen Finanzierung der GKV, so wird an dem Parallelsystem zwischen gesetzlicher und privater Krankenvollversicherung festgehalten.

Zudem wird versäumt, die Einnahmehasis der GKV durch die Erweiterung des Kreises der Pflichtversicherten zu erreichen.

Auf der Ausgabenseite findet keine Entlastung der GKV durch die Zurücknahme der versicherungsfremden Leistungen statt. Vielmehr wird der Bundeszuschuss aus Steuermitteln trotz zu erwartender höherer Steuereinnahmen des Bundes gesenkt, was die finanzielle Schieflage der GKV verschärfen wird.

Für Patientinnen und Patienten werden weitere finanzielle Belastungen durch die Erhebung eines Zusatzbeitrags entstehen. Dies ist angesichts der zurückliegenden Reformen mit einer Vielzahl von einseitigen Belastungen für Patientinnen und Patienten nicht mehr zu verantworten und vor dem Hintergrund einer deutlich wahrzunehmenden gesellschaftlichen Verarmung nicht zu rechtfertigen.

Leistungseinschränkungen bei selbstverschuldeten Komplikationen für Patientinnen und Patienten lehnt die BAGP ab, sie widersprechen dem Solidarprinzip der GKV und werfen die nicht zu beantwortende Frage der Ursache für eine Erkrankung auf.

Wahltarife in der GKV lehnt die BAGP ab, da diese nur Vorteile für Versicherte mit guten Versicherungsrisiken darstellen und sie damit ein Anheizen der Risikoselektion zwischen den Krankenkassen zum Ergebnis haben.